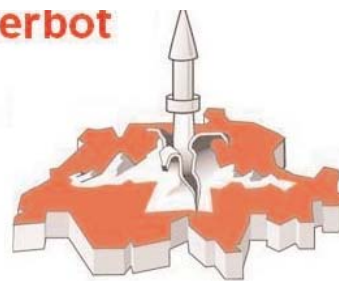


Abstimmungs-Komitee «Ja zum Minarettverbot»
Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon: 052 301 31 00, Fax: 052 301 31 03
E-Mail: info@minarette.ch
PC-Konto 90-709288-5
Herzlichen Dank für Ihre Spende!
www.minarette.ch

Minarettverbot

JA



Tatsachen und Meinungen zur Minarettverbots-Initiative

Nr. 31/28.10.2009

«Und seid ihr nicht willig...»

Natürlich geht es bei der Minarettverbots-Initiative auch um Toleranz. Gewisse «Toleranz»-Forderungen sind allerdings recht seltsam begründet.

Vor allem von Seiten hiesiger, gegenüber der Minarettverbots-Initiative in Argumentations-Notstand geratener **Politiker** ertönen gewisse eher bizarre «Toleranz»-Forderungen.

Angst

Würde Ansprüchen und Praktiken hiesiger Muslim-Sprecher und -Organisationen nicht vorbehaltlos und kleinlaut nachgegeben, dann sei mit **«Reaktionen»** zu rechnen: Ausschreitungen gegen Schweizer Einrichtungen in muslimischen Ländern oder selbst Anschläge könnten Tatsache werden – bibern uns diese Politiker vor.

Wollen sie damit sagen, dass Islam-Sprecher – hiesige wie auswärtige – dann, wenn man ihnen nicht sofort zu Willen ist, **gewalttätig**, unberechenbar intolerant, aggressiv reagieren könnten? Wird von uns «Toleranz» – in Wahrheit: Duckmäuserie – verlangt aus **Angst vor Reaktionen**? Würde «Toleranz» in Form getarnter Angst das Handeln der Schweiz bestimmen, dann wäre die Schweizerische Eidgenossenschaft als freier, unabhängiger, direktdemokratischer, auf freiheitlichen Werten ruhender Staat nie entstanden. Wer solche Angst bekundet, der zeigt vor allem, wie notwendig **konsequente Gegenmassnahmen** sind, damit sich hier nicht unter dem Zeichen des Minaretts ein Regime der Angst-einflössung festsetzt.

Dabei ist festzuhalten: Von Seiten muslimischer Staaten und Organisationen liegt keine Drohung vor. Es sind allein **Schweizer Politiker**, die unserer Initiative damit beikommen zu können glauben, dass sie Zwischenfälle und Anschläge regelrecht **herbeireden** – als Signale ins Ausland für dort allenfalls existierende, auf Gewalttätigkeit ansprechbare Organisationen. Dazu nur soviel: Verwerflicher kann man Freiheitsrechte und Demokratie – beides in der Bundesverfassung garantiert – wahrhaftig

nicht untergraben, unterlaufen, aushebeln...

Geschäft statt Gesinnung

Nicht minder durchsichtig motiviert ist die zweite Forderung nach «Toleranz» – ausgesprochen von sog. **«Wirtschafts-Sprechern»**: Wir müssten allen Islam-Forderungen gegenüber «tolerant» sein, weil der Schweiz andernfalls **Milliardenaufträge** entgehen könnten. Es wird uns also eine Haltung zugemutet, wie sie der Bundesrat vor Gaddafi einnahm – gewiss nicht zum Vorteil der Schweiz.

Wer so fordert, verlangt nichts anderes, als dass wir alle Augen zudrücken müssten vor siebzehntausend muslimischen **Zwangsehen**, die in der Schweiz – verfassungswidrig! – Tatsache sind. Dass wir die Augen zu verschliessen hätten angesichts der Zunahme verfassungswidriger **Mädchenbeschneidungen** auch in der Schweiz. Dass wir Augen und Ohren verschliessen müssten, wenn Genfer Muslim-Sprecher – in eklatantem Widerspruch zur Bundesverfassung – hier die «gelegentliche» Einführung von **Steinigungen** gemäss Scharia-Recht fordern.

Ist unsere Wirtschaft nicht stark geworden, weil sie auf **persönliche Freiheit** baut – auf eine staatliche Ordnung, der jede Unterdrückung fremd ist, in der sich jeder und jede persönlich frei entfalten dürfen? Doch genau diese Errungenschaften, die uns auch den Wohlstand gebracht haben, sollen wir jetzt preisgeben – weil sonst Geschäfte verloren gingen?

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Das **Minarett** ist die **Speerspitze der politischen Islamisierung**. Wer sich davor duckt, wenn er fundamentale Freiheiten verteidigen müsste, ist nicht tolerant. Er ist bloss **feige!**

Deshalb am 29. November 2009:

Ja zum Minarettverbot !

(us)